

Medizinische Versorgung nach Vergewaltigung

Frankfurter Initiative für bessere Versorgung nach sexueller Gewalt

Frankfurt am Main, 21. Februar 2013 – Alle Betroffenen sollen nach einer Vergewaltigung Zugang zur bestmöglichen medizinischen Versorgung haben – unabhängig davon, ob sie Anzeige erstatten oder nicht. Das ist die Zielsetzung einer bundesweit einmaligen Initiative der Stadtverordnetenversammlung, des Frauenreferats, des Amtes für Gesundheit und des Jugend- und Sozialamts der Stadt Frankfurt am Main, die heute mit einer großen Plakat-Kampagne in Frankfurt startet. Als Botschafterin engagiert sich die Frankfurterin Susanne Fröhlich für die Kampagne. Susanne Fröhlich erklärt: „Ein weit verbreitetes Klischee ist immer noch, dass Frauen bei einer Vergewaltigung die Mitschuld tragen. Auch deswegen trauen sich viele Betroffene nicht zum Arzt – aus Angst, dass alles publik wird. Daran muss sich etwas ändern.“ Alle Frankfurter und Frankfurterinnen können nun erfahren, wie wichtig es für Betroffene ist, zum Arzt zu gehen, und dass ihr Umfeld sie dabei unterstützen sollte.

Die Beratungsstelle Frauennotruf ist damit beauftragt, die Veränderungen in der Versorgungsstruktur gemeinsam mit Frankfurter Kliniken auszuarbeiten, die Fortbildungen für Ärzte zu organisieren und die Öffentlichkeit zu sensibilisieren. Die international tätige Agentur Young & Rubicam, die den Frankfurter Frauennotruf seit Jahren pro bono unterstützt, arbeitet an der Umsetzung der Kampagne. Heute fällt der Startschuss für die Initiative: großflächige Plakate machen ab sofort darauf aufmerksam, dass jede Vergewaltigung ein Notfall ist, und dass Betroffene sich an ein Krankenhaus wenden sollten. Angela Wagner von der Beratungsstelle Frauennotruf erklärt: „Es ist uns ein großes Anliegen, die Situation für Betroffene zu verbessern. Mit unserem Vorhaben betreten wir Neuland. Wir fühlen uns sehr geehrt, dass die Stadt uns mit dem Auftrag zur Umsetzung diesen enormen Vertrauensvorschuss entgegenbringt.“

Bereits im September 2011 hatte die Mehrheit der Stadtverordneten parteiübergreifend beschlossen, die Situation für Betroffene zu verbessern. Mit der groß angelegten Öffentlichkeits-Kampagne und den Veränderungen im Versorgungssystem nimmt Frankfurt bundesweit eine Vorreiterrolle ein. Rosemarie Heilig, Dezernentin für Umwelt und Gesundheit: „Frauen, die Gewalt erfahren, brauchen schnelle Hilfe, unabhängig davon, ob Religion, Moral und Ethik gegen die eine oder andere Hilfestellung Position beziehen.“ Und Prof. Dr. Daniela Birkenfeld, Dezernentin für Soziales, Senioren, Jugend und Recht, führt weiter aus: „Mit unserer Kampagne soll jede und jeder erfahren, dass kein Krankenhaus eine Frau nach einer Vergewaltigung abweisen darf.“

An dem neuen Verfahren in der Main-Metropole beteiligen sich sieben Frankfurter Kliniken und bauen die Akutversorgung aus. Entsprechende medizinische Fortbildungen haben bereits begonnen.

Mehr Informationen ab dem 22. Februar unter www.soforthilfe-nach-vergewaltigung.de